



Spielball der Mächtigen Wer kann sich dem Internationalen Strafgerichtshof entziehen?

Der Internationale Strafgerichtshof soll Kriegsverbrecher zur Rechenschaft ziehen, egal woher sie kommen. Doch der Fall Netanjahu zeigt seine Grenzen auf.

Von Özge İnan
27.04.2025, 15:50 Uhr

9
KOMMENTARE



Systematische Folter, ethnische Säuberungen, Völkermord – es sind die schwersten Verbrechen, die man sich vorstellen kann. Wer sie begeht, soll juristisch verfolgt werden. Darauf zielt der wichtigste Vertrag in der Geschichte des Völkerstrafrechts ab, das Römische Statut.

→ **Die Tagesspiegel-App** Aktuelle Nachrichten, Hintergründe und Analysen direkt auf Ihr Smartphone. Dazu die digitale Zeitung. Hier gratis herunterladen.

Dieses hat gerade einmal knapp vierzig Seiten. Sie enthalten wenig Pathos, dafür vor allem Prozessregeln, Verwaltung, Definitionen. Der erste Artikel schreibt die Errichtung einer Institution vor, die die Verbrechen verfolgen soll: den Internationalen Strafgerichtshof (ISGH).

Das Römische Statut will ein System installieren: Eine Welt, in der die organisierten Gewaltexzesse der Herrschenden kein Schicksal sind, sondern verfolgbare Straftaten. Seit seiner Gründung ist das Gericht in Den Haag umstritten.

Und in den knapp dreißig Jahren seit der Verabschiedung des Statuts 1998 scheint sein Ideal heute so fern wie selten zuvor. Die Lücke zwischen juristischen Prinzipien und politischer Realität wird immer größer.



Externer Inhalt | Datenschutzeinstellungen | Datenschutzerklärung

→ **Gratis testen:** Lesen Sie den Tagesspiegel im Abo unbegrenzt. Alles aus der Welt und der Weltstadt.

Wie blicken kritische Wissenschaftlerinnen aus Recht und Politik auf die Erosion der internationalen Strajustiz?

Anfang April verkündete die ungarische Regierung ihren Rückzug aus dem Gerichtshof. Zeitgleich war in Budapest der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu zu Gast, gegen den ein Haftbefehl des ISGH wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen in Gaza vorliegt.



TAGESSPIEGEL



Merz lädt Netanjahu ein

Dass Netanjahu auch hierzulande nichts zu befürchten hat, machte der designierte Bundeskanzler Friedrich Merz noch am Abend der Bundestagswahl am 23. Februar deutlich. In einem Telefongespräch lud er Israels Premier nach Deutschland ein und versicherte, „Mittel und Wege“ zu finden, die den Besuch ermöglichen.

„Der Gerichtshof steht für den Grundsatz, dass niemand über dem Gesetz steht. ‚Niemand‘ gilt für Freunde wie Gegner gleichermaßen.“

Kai Ambos, Strafrechtler und Richter am Kosovo-Sondertribunal in Den Haag

Dabei sei Deutschland „zur loyalen Zusammenarbeit mit dem ISGH verpflichtet“, erinnert Kai Ambos, Strafrechtler und selbst Richter am Kosovo-Sondertribunal in Den Haag, in einem Beitrag [im Fachportal Verfassungsblog](#). Also auch zur Durchsetzung seiner Haftbefehle. Netanjahu müsste also festgenommen werden.

Zudem falle das Festnahme- und Überstellungsverfahren in den Hoheitsbereich der Justiz, weshalb die Aussage von Merz nicht mit der Gewaltenteilung vereinbar sei. Der Gerichtshof „steht für den Grundsatz, dass niemand über dem Gesetz steht“, schreibt Ambos. „Niemand“ gilt für Freunde wie Gegner gleichermaßen.“

Diesen Konflikt zwischen juristischer und politischer Realität kommentiert der ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle [> im „Deutschlandfunk“](#) so: „Aus einer Perspektive politischer Klugheit wäre es wahrscheinlich am besten, man würde es nicht zum Eklat kommen lassen und zunächst einmal darauf verzichten, Herrn Netanyahu einzuladen.“

Man könne darüber nachdenken, wie weit dieser Strafbefehl reicht, ob es Ausnahmen geben kann unter bestimmten Bedingungen, so Voßkuhle. „Das vermag ich jetzt rechtlich nicht abzusehen.“ Er halte es für richtig, die völkerrechtlichen Optionen „auszuloten“, aber: „Wenn es nicht geht, dann wird man das Recht akzeptieren müssen und wird sich nicht ohne Weiteres über das Recht stellen können.“

Würde Merz seinem Plan folgen, hätte das keine formellen Konsequenzen: Ein Sanktionssystem wie unter den Vertragsstaaten der EU gibt es im Römischen Statut nicht. Eine Welt, in der niemand über dem Gesetz steht – selbst zu seinen besten Zeiten – hat das Völkerrecht nicht hervorbringen können.

China, Russland und die USA sind nie beigetreten

Ausgerechnet die Weltmächte China, Russland und USA sind dem Römischen Statut nie beigetreten. Der US-Kongress erließ im Jahr 2002 ein Gesetz, das es dem Präsidenten offen lässt, in den Niederlanden einzumarschieren, sollte der Internationale Strafgerichtshof Angehörige der US-Streitkräfte verfolgen. Doch es sind nicht nur solche machtpolitischen Motive, die zu Kritik an Den Haag führen.

Seit das Römische Statut 2002 in Kraft trat, hat der ISGH bislang elf Personen rechtskräftig verurteilt, darunter Milizenführer wie Bosco Ntaganda, der 2019 eine Haftstrafe von 30 Jahren erhielt, und Dominic Ongwen, der 2021 zu 25 Jahren verurteilt wurde. Die Urteile betreffen vor allem Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darunter systematische sexualisierte Gewalt und der Einsatz von Kindersoldaten.

→ **Angriffskrieg und Völkerrecht** Strafverfolgung Putins eher unwahrscheinlich

„Lange Zeit hat der Gerichtshof seine Kompetenzen nur dafür genutzt, Individuen aus Afrika zu verfolgen“, sagt Kerttuli Lingenfelter. Die Juristin forscht am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. Der einseitige Fokus auf Straftaten auf dem afrikanischen Kontinent sei damals nicht nur von betroffenen Staaten, sondern auch aus der Wissenschaft kritisiert worden.

So warf die Afrikanische Union dem Gerichtshof im Jahr 2013 in einer gemeinsamen Erklärung Rassismus vor. Die Diplomatin Margit Hellwig-Böttje warnte damals [in der Zeitschrift der Stiftung Wissenschaft und Politik](#) vor einem „Verlust an Glaubwürdigkeit“ und empfahl westlichen Ländern, die Kritik der afrikanischen Staaten in einem „ehrlichen Dialog“ zu diskutieren.

Eine Frage des Vertrauens

In dieser Zeit, so die Juristin Lingenfelter, genoss der Gerichtshof die Unterstützung der Europäer. „Jetzt zeigt sich, dass die Anklagebehörde des ISGH bereit ist, auch gegen Vertreter von Staaten vorzugehen, die mit dem Globalen Norden befreundet sind.“ Die internationale Gemeinschaft ziehe sich also nicht geschlossen vom Gerichtshof zurück – vielmehr spalte sich ihr Vertrauen entlang geopolitischer Linien.

Einige der jüngsten Entscheidungen könnten das Vertrauen derjenigen Staaten stärken, die zuvor die einseitige Konzentration des Gerichtshofs auf Afrika kritisiert hatten.

„Andererseits ist es beunruhigend, dass einige europäische Staaten, auch solche, die lange zu den stärksten Befürwortern des ISGH gehörten, angedeutet haben, sich möglicherweise nicht an ihre Verpflichtungen halten zu wollen“, so Lingenfelter.

Diese widerstreitenden Interessen – staatliche Souveränität einerseits, internationale Rechtsdurchsetzung andererseits – prägen auch den Aufbau des Gerichts, erklärt die Juristin. Es hat keine eigenen Sicherheitskräfte, wenn also Haftbefehle vollstreckt werden sollen, müssen die Mitgliedsstaaten handeln.



Auf einem „Wanted“-Banner bei einer pro-palästinensischen Demonstration in Krakau sind die Porträts des israelischen Verteidigungsministers Yoav Gallant und von Premierminister Benjamin Netanjahu zu sehen. © IMAGO/Photo/Beata Zawrzel

Damit das Gericht Macht ausüben kann, muss es durch die Macht der Staaten wirken. Diese Regelung und das Prinzip, dass der Gerichtshof erst tätig wird, wenn innerstaatliche Justiz versagt, waren wichtige Argumente in den Verhandlungen des Römischen Statuts. Denn sie garantieren den Mitgliedern, dass ihre eigene Souveränität gewahrt bleibt.

Ein Weltgericht ohne Weltmacht?

Wenn Merz Netanjahu nach Deutschland einlädt, meint Lingenfelter, sei das ein Beispiel für den Missbrauch der strukturellen Abhängigkeit des ISGH von den Mitgliedsstaaten, um ausgewählte Personen vor der Justiz zu schützen. Solche politischen Manöver befeuern die viel kritisierte Ungleichheit vor dem Recht. Denn der Gerichtshof ist darauf angewiesen, dass Staaten kooperieren, sein Schicksal ist mit der Politik der Staaten verknüpft – „auf Gedeih und Verderb“.

Doch schon die ideologischen Grundlagen der internationalen Strajustiz waren lange vor dem heutigen Erstarken autoritärer Regime umstritten. Denn ihre Entstehung war alles andere als ein weltweites Gemeinschaftsprojekt. „Was für den Westen Universalismus ist, ist für den Rest der Welt Imperialismus“, schrieb der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington 1996 in seinem Buch „Clash of Civilizations“.

„Dunkle Seite der Menschenrechte“

Die indische Juristin Ratna Kapur, die an der Universität London lehrt, sprach in der [Fachzeitschrift „Sydney Law Review“](#) von der „dunklen Seite der Menschenrechte“.

Das Fortschrittsnarrativ der Menschenrechte komme nicht ohne den Glauben aus, dass sich die Menschheit aus einer „primitiven“ Vergangenheit heraus in eine zivilisierte, moderne Welt entwickelt habe – mit dem „Herzen Europas“ als Ausgangspunkt allen Fortschritts. Gleichzeitig stellt Kapur fest: „Wir können nicht keine Menschenrechte wollen.“

Was bedeutet das für die internationale Strajustiz? Damit beschäftigt sich Franziska Martinsen, Professorin für Politische Theorie an der Universität Duisburg-Essen.

„Tatsächlich bezeichnet die Formulierung ‚Nicht-Nicht-Wollen-Können‘ ein echtes Dilemma“, sagt sie. Einerseits sei die uneingeschränkte Unterstützung des Gerichts aus postkolonialer Perspektive nicht möglich, denn ansonsten würden die Widersprüche zwischen der vermeintlichen Allgemeinheit und der „unreflektierten Partikularität des Westens“ mit den „damit verbundenen realpolitischen Machtasymmetrien“ fortgeschrieben.

„Ich hänge nach wie vor der Vorstellung an, dass Machthaber für ihre Handlungen aufgrund international geteilter Normen zur Rechenschaft gezogen werden sollten.“

Kerttuli Lingenfelter, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Andererseits könne Straflosigkeit keine Lösung sein, weil dadurch Krieg als Mittel der Politik weiter normalisiert würde. Den bestehenden ISGH also trotz aller Kritik gegen rechte Autokraten zu verteidigen, sei daher ein notwendiger Spagat, den die Politikwissenschaftlerin als „symptomatisch für unsere heutige Zeit“ beschreibt.

Spagat der Strajustiz

Dieser Spagat betrifft nicht nur Institutionen, sondern auch die Ideen, auf denen sie beruhen. Der Menschenrechtsdiskurs selbst sei, so Martinsen, „längst nicht ausführlich diskutiert, noch nicht genügend geprüft, auf regionale Differenzen hin reflektiert und weiter ausgehandelt worden.“

Deshalb käme es jetzt, im Gegenwind der internationalen extremen Rechten, darauf an, politische Initiativen genau zu prüfen: Weitern sie die Menschenrechte aus oder schränken sie sie ein? Inkludieren sie oder grenzen sie aus? „Das macht Mühe, erfordert Ressourcen und viel Kraft“, so Martinsen, „da der Spagat sicherlich noch eine ganze Weile ausgehalten werden muss“.

Mehr zum Thema:

→ **Ankündigung während Netanjahu-Besuch bei Orban** Ungarn zieht sich aus Internationalem Strafgerichtshof zurück

→ **„Das gilt zumal für Deutschland“** Völkerrechtler fordern Umsetzung des Haftbefehls gegen Netanjahu

→ **Merz lädt Netanjahu ein** Müsste Deutschland Israels Ministerpräsidenten verhaften?

Auch Juristinnen und Juristen wie Kerttuli Lingenfelter vom Max-Planck-Institut wappnen sich für lange Auseinandersetzungen. „Ich hänge nach wie vor der Vorstellung an, dass Machthaber für ihre Handlungen aufgrund international geteilter Normen zur Rechenschaft gezogen werden sollten“, sagt sie.

„Deswegen alarmiert mich die Abwendung der Staaten von Sprache und Strukturen der Verantwortung des internationalen Rechts – so parteiisch und unzureichend diese auch sein mögen.“

Zur Startseite

Afrika | Benjamin Netanjahu | Bundestagswahl 2025 | Bundesverfassungsgericht | China

Die EU | Europapolitik | Friedrich Merz | Israel | Krieg in Nahost | Menschenrechte

Missbrauch | Russland | Sexualisierte Gewalt | USA